

4309 a

Beschluss des Kantonsrates über die Rechnung 2005 des Kantons Zürich

(vom)

Der Kantonsrat,

nach Einsichtnahme in den Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 11. April 2006 sowie in den Bericht und Antrag der Finanzkommission vom 8. Juni 2006,

beschliesst:

I. Die Staatsrechnung für das Jahr 2005 schliesst ab:

1. Laufende Rechnung		
Aufwand Total (inkl. interne Verrechnungen)	Fr.	11'734'478'794
Ertrag Total (inkl. interne Verrechnungen)	Fr.	13'058'346'792
Ertragsüberschuss	Fr.	1'323'867'998
2. Investitionsrechnung		
Nettoinvestitionen	Fr.	716'319'625
Finanzierungsüberschuss	Fr.	1'275'926'074
3. Bilanz per 31. Dezember 2005		
Finanzvermögen	Fr.	5'138'849'070
Verwaltungsvermögen	Fr.	7'228'759'208
Fremdkapital	Fr.	9'361'260'292
Verpflichtungen für Spezialfonds	Fr.	999'538'526
Eigenkapital	Fr.	2'006'809'461

und wird unter Hinweis auf die nicht bilanzierten Verpflichtungen von Fr. 682'229'955 genehmigt.

II. Mit der Staatsrechnung für das Jahr 2005 werden Rücklagen im Betrag von Fr. 17'902'000 genehmigt.

III. Mitteilung an den Regierungsrat.

IV. Veröffentlichung im Amtsblatt.

Zürich, 8. Juni 2006

Im Namen der Finanzkommission

Der Präsident: Die Sekretärin:

Werner Bosshard Dr. Evi Didierjean

* Die Finanzkommission besteht aus folgenden Mitgliedern: Werner Bosshard, Rümliang (Präsident); Stefan Feldmann, Uster; Julia Gerber Rüegg, Wädenswil; Regula Mäder-Weikart, Opfikon; Dr. Theo Toggweiler, Zürich; Natalie Vieli, Zürich; Rolf Walther, Zürich; Katharina Weibel, Seuzach; Erika Ziltener, Zürich; Hansueli Züllig, Zürich; Ernst Züst, Horgen; Sekretärin: Dr. Evi Didierjean.

I. Bericht der Finanzkommission zur Rechnung 2005

1. Überblick Rechnung 2005

Die Finanzkommission hat die Staatsrechnung des Kantons Zürich für das Jahr 2005, bestehend aus

1. der Verwaltungsrechnung,
2. der Bestandesrechnung,
3. der Rechnung der unselbstständigen staatlichen Unternehmungen,
4. der Rechnung der selbstständigen staatlichen Unternehmungen,
5. der Rechnung der Legate und Stiftungen ohne eigene Rechtspersönlichkeit und
6. der Rechnung der Stiftungen mit eigener Rechtspersönlichkeit, geprüft.

Die von der Finanzkommission durchgeführte Prüfung beschränkt sich auf Plausibilitätsabklärungen und politische Gewichtungen. Die materielle und formelle Prüfung der Staatsrechnung erfolgt durch die Finanzkontrolle.

Die Laufende Rechnung 2005 weist einen Ertragsüberschuss von 1'324 Mio. Franken auf. Gegenüber dem Voranschlag 2005 bedeutet das eine Saldoverbesserung um 1'809 Mio. Franken, gegenüber der Rechnung 2004 eine solche von 1'737 Mio. Franken. Das gute Ergebnis ist zur Hauptsache der Ausschüttung des Golderlöses der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu verdanken. Der Kanton Zürich hat dadurch einen einmaligen Zusatzertrag von 1'597 Mio. Franken erhalten. Ohne Berücksichtigung des Golderlöses hätte die Rechnung 2005 mit einem Aufwandüberschuss von 273 Mio. Franken abgeschlossen, was im Vergleich zum Voranschlag einer Verbesserung von 212 Mio. Franken und im Vergleich zur Rechnung 2004 einer solchen von 140 Mio. Franken entspricht. Die Rechnung hätte sogar praktisch ausgeglichen gestaltet werden können, wenn nicht die Erträge aus Staatssteuern 274 Mio. Franken unter dem Voranschlag geblieben wären. Sowohl die Staatssteuern für das Jahr 2005 als auch die Nachträge aus Staatssteuern für frühere Jahre fielen niedriger aus als budgetiert. Hingegen lagen die Quellensteuern, die Erbschafts- und Schenkungssteuern sowie die Verrechnungssteuern über dem Budget.

Der Ertrag ohne interne Verrechnungen liegt 1'683 Mio. Franken oder 17% über dem Voranschlag und 1'850 Mio. Franken oder 19% über der Rechnung 2004.

Der Aufwand ohne interne Verrechnungen weicht gegenüber dem Voranschlag und der Vorjahresrechnung nur geringfügig ab. Er liegt 126 Mio. Franken (1,2%) unter dem Budget und fällt gegenüber der Rechnung 2004 um 113 Mio. Franken (1,1%) höher aus.

Die Nettoinvestitionen betragen 716 Mio. Franken und liegen damit 195 Mio. Franken unter dem Voranschlag. Im Vergleich zum Vorjahr haben sie um 62 Mio. Franken zugenommen. Während im Jahr 2004 ein Finanzierungsfehlbetrag von 385 Mio. Franken zu verzeichnen war, weist die Rechnung 2005 wegen des hohen Ertragsüberschusses einen Finanzierungsüberschuss von 1'276 Mio. Franken auf. Der Voranschlag rechnete mit einer Selbstfinanzierung von 134 Mio. Franken und einem Selbstfinanzierungsgrad der Nettoinvestitionen von 15%. Mit dem Ertragsüberschuss aus der Laufenden Rechnung stieg der Selbstfinanzierungsgrad auf 278%.

Bestandesrechnung: Im Berichtsjahr ging das Fremdkapital um 703 Mio. Franken auf 9'361 Mio. Franken zurück. Im gleichen Zeitraum stieg das Finanzvermögen um 625 Mio. Franken auf 5'139 Mio. Franken. Die Verschuldung (Fremdkapital minus Finanzvermögen) reduzierte

sich von 5'550 Mio. Franken auf 4'222 Mio. Franken. Der Ertragsüberschuss erhöhte das Eigenkapital von 696 Mio. Franken um 1'311 Mio. Franken auf 2'007 Mio. Franken.

Die Finanzkommission beantragt dem Kantonsrat unter Berücksichtigung der folgenden Feststellungen, die Staatsrechnung 2005 zu genehmigen.

2. Bemerkungen zum Bericht des Regierungsrates

Die Gliederung stimmt mit der Gliederung der Vorlage 4309, Bericht und Antrag des Regierungsrates zur Staatsrechnung für das Jahr 2005, überein.

zu 3. Bedeutende Sondereffekte (Seiten 18 bis 20)

Die Staatsrechnung wird, wie bereits vielfach und von allen Seiten dargelegt, von der nicht budgetierten Ausschüttung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank im Betrag von 1'597 Mio. Franken dominiert. Dieser unerwartete Geldsegen deckt die unverändert weiter bestehenden Finanzprobleme zu und sichert vorläufig auch den mittelfristigen Ausgleich der Laufenden Rechnung.

Die Erträge aus Staatssteuern insgesamt liegen 6% unter dem Voranschlag. 2005 wirkte sich erstmals die Steuergesetzrevision bei den juristischen Personen aus, was zu rund 130 Mio. Franken Steuerausfällen führte. Ebenfalls schlechter fielen die Nachträge an direkten Steuern für frühere Steuerperioden aus, die 22% unter dem Voranschlag liegen. Dafür überschritten die Quellensteuern die Erwartungen des Voranschlags um 17%, was auf die vermehrte Beschäftigung von qualifizierten ausländischen Arbeitskräften zurückzuführen ist.

Der Luftverkehr beeinflusst die Staatsrechnung zweifach: Da ist einerseits die im Finanzvermögen gehaltene Beteiligung an der Flughafen Zürich AG. Durch die Höherbewertung dieser Aktien ergibt sich ein Buchgewinn von 52,4 Mio. Franken zu Gunsten des Flughafenfonds (ohne Auswirkung auf den Saldo der Laufenden Rechnung). Demgegenüber musste die Beteiligung an der Swiss aufgrund der Veräusserung der Aktien an die Lufthansa um 47,2 Mio. Franken abgeschrieben werden.

zu 6. Entwicklung der Direktionen

Direktion der Justiz und des Innern (Seiten 36 bis 37): Die Saldoverschlechterung gegenüber der Rechnung 2004 kann vollständig mit dem Wegfall des Ertrages aus der Beschlagnahme von Vermögenswerten in einem internationalen Strafverfahren begründet werden. Solche Erträge sind in der Regel einmalig.

Finanzdirektion (Seiten 38 bis 39): Zu beachten ist, dass im Ertrag zwei Jahrestriechen Verrechnungssteuer enthalten sind. Die Erhöhung der Dividende und Sonderdividende der Axpo und die höhere Gewinnausschüttung der Kantonalbank haben sich positiv ausgewirkt. Solche Erträge können aber nicht jedes Jahr erwartet werden und dürfen in der Finanzplanung nur mit dem gebotenen Vorsichtsprinzip berücksichtigt werden.

Gesundheitsdirektion (Seite 40): Erfreulich ist die Zunahme der Erträge der kantonalen Spitäler dank einer Taxerhöhung.

3. Feststellungen der Finanzkommission

3.1 Prüfung der Rechnung 2005 durch die Finanzkontrolle

Mit Bericht vom 6. April 2006 teilte die Finanzkontrolle dem Regierungsrat und der Finanzkommission mit, dass die Rechnung 2005 des Kantons Zürich formal den Vorschriften der massgebenden Gesetze, Verordnungen und Weisungen entspricht. Am 1. Juni 2006 nahm die Finanzkommission Kenntnis vom Gesamtbericht der Finanzkontrolle über die materielle Prüfung der Rechnung 2005 vom 23. Mai 2006. Die Finanzkontrolle empfiehlt Genehmigung der Rechnung.

3.1.1 Feststellungen zu Querschnittsaufgaben

Die Finanzkontrolle weist bereits seit einigen Jahren auf die kritische Beurteilung des Ausweises der Indikatoren in den Globalbudgets hin. Die Steuerung über die Globalbudgets und die Indikatoren ist ausserordentlich anspruchsvoll. Die knappe Umschreibung der Indikatoren vermag oft keine genügende Erkenntnis darüber vermitteln, mit welchen Instrumenten diese erhoben wurden und nach welchen Kriterien sie zu beurteilen sind. Trotzdem konnte die Finanzkontrolle eine Verbesserung der Datenqualität feststellen.

Handlungsbedarf sieht die Finanzkontrolle bei der Durchsetzung eines einheitlichen, dokumentierten und für einen unabhängigen Dritten nachvollziehbaren Internen Kontrollsystems (IKS) innerhalb der Verwaltung.

Die Finanzkontrolle stellt fest, dass neben den traditionellen Bereichen des Bauwesens zunehmend auch in anderen Verwaltungsbereichen mehr langfristige und umfassende Dienstleistungsverträge abgeschlossen werden. Dies ruft nach einheitlichen minimalen Vorgaben zum Abschluss und zur Behandlung von Verträgen.

Die eingeleiteten Massnahmen zur Sicherstellung einer ordnungsgemässen Buchführung im Lohnbereich beim Personalamt und beim Universitätsspital zeigen Wirkung; die Situation hat sich deutlich verbessert.

Wie weit die Beanspruchung der in der Rechnung enthaltenen Sonderkredite vollständig und richtig ist, lässt sich nicht abschliessend beurteilen. Dieser Mangel ist darauf zurückzuführen, dass die Objektkredite nicht in einem integrierten System geführt werden.

Weiter wurden Unsicherheiten bezüglich mehrwertsteuerpflichtiger Tatbestände festgestellt. Die Finanzkontrolle empfiehlt, ein zentrales Kompetenzzentrum für die Schulung und die effiziente, rechtmässige und steueroptimale Abwicklung einzurichten.

Ebenso wurden Unsicherheiten und Mängel bei der richtigen zeitlichen Abgrenzung von Forderungen und Verpflichtungen wie auch bei der Bildung von Rückstellungen festgestellt. Um die Budgethoheit des Parlaments zu wahren und die Führungsverantwortung der Regierung sicherzustellen, muss gewährleistet sein, dass durch richtige zeitliche Abgrenzung und Bildung von Rückstellungen im Sinne der Vorgaben keine unsachgemässen Kreditübertragungen vorgenommen werden.

3.1.2 Prüfungsfeststellungen

Die Prüfungsfeststellungen werden in einem ganzjährig laufenden Prozess mit den betroffenen Ämtern, Direktionen und Anstalten behandelt und die Umsetzung der Empfehlungen überprüft. Der Finanzkommission wird halbjährlich Bericht erstattet.

3.2 Rücklagen

Die Finanzkommission hat sich von der Finanzdirektion bestätigen lassen, dass die Amtsstellen ihre Anträge formal korrekt eingereicht haben. Dabei beantragte keine Leistungsgruppe mehr als 2% der Lohnsumme.

Bei einem Anfangsbestand von 65,7 Mio. Franken werden über die gesamte Verwaltung 31,0 Mio. Franken aufgelöst und 17,8 Mio. Franken neu gebildet, was einen Endbestand von 52,5 Mio. Franken ergibt. Ebenfalls im Antrag des Regierungsrates enthalten ist die Bildung einer Rücklage von 83'000 Franken beim Züricher Verkehrsverbund, sodass total Rücklagen von 17'902'000 Franken vom Kantonsrat zu bewilligen sind. In den hier erwähnten Zahlen sind die Beträge der selbständigen staatlichen Anstalten Universität und Fachhochschule nicht enthalten.

Die Finanzkommission dankt für die ausführliche Berichterstattung des Regierungsrates zu den Rücklagen. Sie findet es richtig, dass der Bestand an Rücklagen abgebaut worden ist. Rücklagen sollen nicht zu einer planlosen Reservenbildung, sondern zur Befriedigung konkreter Bedürfnisse dienen.

Den an sie herangetragen Wunsch, auf Vereinheitlichung der Handhabung der Rücklagen hinzuwirken, kann die Finanzkommission nicht erfüllen, weil die Ansprüche der Ämter völlig unterschiedlich sind. Die Finanzkommission weist aber – wie im Vorjahr – nochmals auf die aus Rücklagen finanzierten ZVV-Abonnemente für Mitarbeitende der Baudirektion hin. Sie findet diese Praxis problematisch. Durch die regelmässige Finanzierung wird diese Leistung als Lohnbestandteil empfunden. Es entsteht daraus ein Zwang, wiederkehrend Reserven in die Globalbudgets einzubauen, damit dann sicher die Möglichkeit zur Bildung von Rücklagen für die Weiterführung dieser Praxis besteht.

4. Würdigung

Dank dem unerwarteten Geldsegen aus dem Verkauf des Nationalbankgoldes sieht die Staatsrechnung 2005 «goldig» und «glänzend» aus. Soll dieser Geldsegen aber nicht einfach in den kommenden Jahren in der Staatsrechnung versickern, dürfen die Anstrengungen, einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen, nicht nachlassen. Die Ansichten, welcher Weg dazu zu beschreiten sei, gehen je nach politischem Standort weit auseinander. Auch die Finanzkommission ist politisch heterogen zusammengesetzt und kann deshalb kein allgemein gültiges Rezept vorlegen.

Finanzkommission

Der Präsident:

Werner Bosshard

Die Sekretärin:

Dr. Evi Didierjean

II. Bericht der Finanzkommission über ihre Tätigkeit vom Juni 2005 bis Juni 2006

1. Gesetzliche Grundlagen

Kantonsratsgesetz

§ 49 a. Die Finanzkommission überwacht die Haushaltsführung der staatlichen Verwaltung und der Justizverwaltung nach Massgabe des Finanzhaushaltsgesetzes. Sie prüft in Koordination mit den zuständigen Kommissionen die Auswirkungen der mittelfristigen Planung, Voranschlag, Nachtragskredite und Jahresrechnung, die Vorlage zur Festsetzung des Staatssteuerfusses sowie weitere ihr zugewiesene Geschäfte.

Finanzhaushaltsgesetz

§ 2. Die Haushaltsführung richtet sich nach den Grundsätzen der Gesetzmässigkeit, des Haushaltgleichgewichts, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit, der Verursacherfinanzierung und nach dem Verbot der Zweckbindung von Hauptsteuern.

§ 3. Die Ausgaben bedürfen einer gesetzlichen Grundlage.

§ 7. Für jedes Vorhaben ist jene Variante zu wählen, welche bei gegebener Zielsetzung die wirtschaftlich günstigste Lösung gewährleistet.

§ 31 bis 33 a. Enthalten die Bestimmungen über Finanzplan, Voranschlag und Rechnung.

2. Periodisch wiederkehrende Aufgaben

- Antragstellung zu den Vorlagen über Voranschlag und Rechnung
- Antragstellung zur Vorlage über den Staatssteuerfuss
- Antragstellung zu den Vorlagen über Nachtragskredite
- Antragstellung zu Geschäftsbericht und Jahresrechnung der Gebäudeversicherung (GVZ)
- Antragstellung zu den Vorlagen über Kredite aus dem Lotteriefonds, welche in der Kompetenz des Kantonsrates liegen
- Kenntnisnahme des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF)
- Kenntnisnahme der Zwischenberichterstattungen zur Staatsrechnung des laufenden Jahres
- Kenntnisnahme der Semesterberichterstattung der Finanzkontrolle, wenn nötig Nachfassen in Absprache mit dieser

In der Berichtsperiode hat das die folgenden Vorlagen betroffen:

- 4248a, Rechnung 2004 des Kantons Zürich
- 4309a, Rechnung 2005 des Kantons Zürich
- 4283a, Voranschlag 2006
- KEF 2006 bis 2009
- 4282a, Beschluss des Kantonsrates über die Festsetzung des Steuerfusses über die Jahre 2006 und 2007
- 4254a, Nachtragskredite für das Jahr 2005, I. Serie
- 4274, Nachtragskredite für das Jahr 2005, II. Serie
- 4287, Nachtragskredite für das Jahr 2005, III. Serie
- 4314, Nachtragskredite für das Jahr 2006, I. Serie
- 138a/2005, Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2004 der GVZ
- 140a/2006, Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2005 der GVZ

- 4261, Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung vom 7. Januar 2005 über die Aufsicht sowie die Bewilligung und Ertragsverwendung von interkantonal oder gesamtschweizerisch durchgeführten Lotterien und Wetten
- 4286, Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Beitrages an den Verein Museum Schloss Kyburg aus dem Lotteriefonds
- Finanzplanung Lotteriefonds 2006 bis 2010
- RRB 1392/2005. Verwaltungsrechnung 2005, Zwischenberichterstattung II (Stand 7. September 2005, mit Stichtagbilanz 31. August 2005)
- RRB 800/2006. Verwaltungsrechnung 2006, Zwischenberichterstattung I (Stand 5. Mai 2006, mit Stichtagbilanz 30. April 2005)
- Semesterberichterstattung 1/2005 der Finanzkontrolle vom 17. Oktober 2005
- Semesterberichterstattung 2/2005 der Finanzkontrolle vom 20. März 2006

Bei jenen Geschäften, die zur Genehmigung an den Kantonsrat gingen, ist dieser den Anträgen der Finanzkommission ausnahmslos gefolgt.

Die Semesterberichterstattungen der Finanzkontrolle gaben Anlass zu parlamentarischen Vorstössen (Motion Regula Götsch Neukom und Peter Reinhard betreffend Zugang der Sachkommissionen zu den Semesterberichten der Finanzkontrolle, KR-Nr. 5/2005). Nach Meinung der Finanzkommission ist die gegenwärtige Praxis, gemäss der die Berichte der Finanzkontrolle innerhalb der Finanzkommission bleiben und die FIKO-Referentinnen/Referenten in den Sachkommissionen über für sie relevante Feststellungen berichten, richtig. Obwohl die Regierung dazu eigentlich nicht zuständig ist, hat sie sich in ihrer Stellungnahme zur Motion Götsch / Reinhard dazu äussern müssen und hat die Meinung der Finanzkommission unterstützt.

3. Weitere Tätigkeiten

3.1 *Übernahme Swiss durch Lufthansa*

Die Finanzkommission hat das Vorgehen des Regierungsrates in dieser Angelegenheit hinterfragt und festgestellt, dass der Verkauf der Aktien rechtens ist. Die Finanzkommission erwartet, dass die Kantonsvertretung in der Darbada-Stiftung klar geregelt wird.

3.2 *Gebäudeversicherung*

Geschäftsbericht und Rechnung der Jahre 2004 und 2005 sind von der Finanzkommission kritisch hinterfragt worden. Die Fragen sind zur Zufriedenheit beantwortet worden. Die Finanzkommission hat sich über die «Blitzschutzaufseher-Affäre» informieren lassen und kann bestätigen, dass sie dank raschem Handeln des Direktors und des zuständigen Regierungsrates professionell erledigt worden ist.

3.3 *Beamtenversicherungskasse*

Die aus der Presse bekannten, bereits realisierten oder zu erwartenden Verluste aus Geldanlagen in die Beteiligungsgesellschaft BT&T und in den Ferienverein POSCOM haben die Finanzkommission veranlasst, die Corporate Governance und die Anlagestrategie der BVK zu untersuchen. Nach Abschluss ihrer Untersuchungen wird die Finanzkommission über ihre Ergebnisse informieren. Parallel zu den Untersuchungen der Finanzkommission hat der Finanz-

direktor zwei Untersuchungen zum Ferienverein in Auftrag gegeben, ausserdem ist eine Interpellation zum gleichen Thema eingereicht worden (KR-Nr. 53/2006).

Die Rechnung der BVK ist integrierender Bestandteil der Staatsrechnung 2005. Hingegen liegt der Geschäftsbericht 2005 der BVK noch nicht vor. Die Finanzkommission verlangt, dass inskünftig beide Dokumente gleichzeitig vorliegen.

Weiter hat die Finanzkommission mit Erstaunen festgestellt, dass die Vorarbeiten zur am 10. Februar 2003 beschlossenen Verselbständigung der BVK noch nicht begonnen haben. Sie hat die Finanzdirektion schriftlich aufgefordert, diese Arbeiten nun aufzunehmen.

3.4 *Zusatzvertrag mit FZAG zum Fusionsvertrag*

Am 16. März 2006 haben die Volkswirtschaftsdirektorin und der Finanzdirektor an einer Medienkonferenz über diesen Vertrag informiert. Er soll die FZAG in die Lage versetzen, alle Entschädigungsforderungen aus Lärmbelästigungen befriedigen zu können. Für den Kanton Zürich besteht weiterhin ein nicht bezifferbares finanzielles Risiko. Zudem wird die Beteiligung des Kantons an der Flughafenbetreiberin auf einen Drittel reduziert. Die Finanzkommission hat das Vertragswerk eingehend studiert und die Beteiligten angehört. Die Finanzkommission bestätigt, dass der Zusatzvertrag den Anforderungen gemäss § 2 des Finanzhaushaltsgesetzes genügt, seine gesetzliche Grundlage in § 1 des Flughafengesetzes findet und allgemein die Interessen des Kantons in genügendem Masse wahrt.

3.5 *Sanierungsprogramm 04 San04 und Massnahmenplan Haushaltgleichgewicht 06 MH06*

Die Finanzkommission lässt sich von der Finanzdirektion und der Staatskanzlei regelmässig über die Umsetzung orientieren. Die Finanzkommission bestätigt, dass diese Programme weitgehend umgesetzt werden.

3.6 *Aufträge an Finanzkontrolle*

Die Finanzkommission klärte ab, wie sie die Finanzkontrolle bei der Budgetprüfung einsetzen kann und meldete ihre Bedürfnisse an. Die Finanzkontrolle möchte zu Haushaltsfragen nicht von sich aus tätig werden. Sie ist jedoch bereit, die unterschiedlichen Budgetprozesse der einzelnen Direktionen im Zuge einer Mehrjahresplanung zu hinterfragen und darüber zu berichten.

Es liegt in erster Linie an den kantonsrätlichen Sachkommissionen, sich in die zugeteilten Direktionen und Leistungsgruppen zu vertiefen. Bezüglich der Budgetprüfung wird auf den «Leitfaden für ein methodisches Vorgehen im Budgetprozess des Kantons Zürich» der Finanzkommission vom 8. März 2001 verwiesen. Aufträge für Prüfungen der Wirtschaftlichkeit und der Wirksamkeitskontrollen für ausgewählte Aufgabenfelder können von den Sachkommissionen in Absprache mit dem zuständigen Regierungsratsmitglied via die Finanzkommission der Finanzkontrolle erteilt werden.

Der aus der Presse bekannte Fall Kindercity, bei dem die BVK auf Mieteinnahmen verzichten muss, hat die Finanzkommission bewogen, die Finanzkontrolle mit einer Untersuchung der Mietverhältnisse und der Liegenschaftenbewertungen der kantonseigenen Liegenschaften (inkl. in der BVK bilanzierte Liegenschaften) zu beauftragen.

3.7 Controlling- und Rechnungslegungsgesetz

Die entsprechende Vorlage ist einer Spezialkommission zugewiesen und vom Kantonsrat verabschiedet worden. Die Finanzkommission liess sich über die in diesem Gesetz vorgesehene Rechnungslegung nach IPSAS (International Public Sector Accounting Standards) informieren. Die Budgetierung und Rechnungslegung nach IPSAS wurde vom Regierungsrat um ein Jahr auf den 1. Januar 2008 verschoben.

3.8 Behandlung weiterer Vorlagen

Die Geschäftsleitung ist mit der Zuweisung von Vorlagen an die Finanzkommission äusserst zurückhaltend. Während die Sachkommissionen mit ihren Forderungen nach Einsichtnahme in die Semesterberichte der Finanzkontrolle Aufsichtsfunktionen anstreben, ist der Finanzkommission die Vorlage 4279, Bericht und Antrag des Regierungsrates zum Postulat KR-Nr. 37/2003 betreffend Festlegung des Steuerfusses gemeinsam mit dem Voranschlag, nicht zugewiesen worden, obwohl die Finanzkommission zu Budget und Steuerfuss antragstellende Kommission ist.

Die Finanzkommission hat Antrag gestellt zur Vorlage 4253, Beschluss des Kantonsrates über den Umbau der Liegenschaft Wengistrasse 30, Zürich, und ihre Übertragung ins Verwaltungsvermögen. Der Kantonsrat ist dem Antrag der Finanzkommission gefolgt.

4. Neue Kommissionsarchitektur

Die Geschäftsleitung schlägt ab Beginn der Legislatur 2007 bis 2011 eine neue Kommissionsarchitektur vor. Damit will sie unter anderem die beanstandeten Mängel Doppelspurigkeiten Finanzkommission/Geschäftsprüfungskommission und Schnittstellen Finanzkommission/Sachkommissionen beheben. Die Finanzkommission wird sich im zweiten Quartal mit der Thematik befassen.

5. Schlusswort des Präsidenten

Ich danke den Kommissionsmitgliedern für die engagierte Mitarbeit. Nicht durch Kopfnicken, sondern durch kritisch-wohlwollendes Hinterfragen präsidialer Vorschläge kommen die besten Beschlüsse zustande. Ich danke auch der Kommissionssekretärin für ihre wertvolle Unterstützung.

Finanzkommission

Der Präsident:

Werner Bosshard

Die Sekretärin:

Dr. Evi Didierjean

III. Berichte der Justizkommission und der Sachkommissionen zur Rechnung 2005

1. Justizkommission

Die Justizkommission hat die Rechnung 2005 der kantonalen Gerichte und der ihnen unterstellten Behörden an ihrer Sitzung vom 3. Mai 2006 behandelt. Das Obergericht, das Kassationsgericht, das Verwaltungsgericht und das Sozialversicherungsgericht haben ihre Rechnungsabschlüsse der Kommission vorgestellt und erläutert.

Zu den einzelnen Gerichten – deren Rechnungsabschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – sind folgende Bemerkungen anzubringen:

1.1 Obergericht und angegliederte Gerichte (9030)

Die Rechnung des Obergerichts weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung aus. Diese ist auf einen geringeren Personalaufwand aufgrund der geringeren Anzahl Sistierungsrekluse und weniger Ersatzrichtereinsätze zurückzuführen. Bei den Investitionen sind Bauvorhaben und Informatikprojekte verschoben worden.

1.2 Bezirksgerichte (9040)

Die Bezirksgerichte weisen eine Verbesserung des Saldos gegenüber dem Voranschlag aus, was vor allem auf den höheren Ertrag durch die Gerichtsgebühren aufgrund der hohen Geschäftslast zurückzuführen ist. Zudem sind unrechtmässig erzielte Vermögensvorteile aus Strafverfahren zugeflossen. Beim Aufwand, der höher liegt als budgetiert, fallen die höheren Aufwendungen für die unentgeltlichen Rechtsbeistände ins Gewicht. Die Investitionsrechnung wird durch den Übertrag der Wengistrasse 30 vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen vorhersehbar und einmalig belastet.

1.3 Notariate/Grundbuch- und Konkursämter (9060)

Gegenüber dem Voranschlag zeigt sich eine Saldoverbesserung um fast 16 Mio. Franken. Dies ist auf den höheren Ertrag zurückzuführen aufgrund des starken Anstiegs der Geschäftslast besonders im Notariats- und Grundbuchbereich.

1.4 Kassationsgericht (9061)

Die Rechnung des Kassationsgerichts weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung aus. Der Ertrag ist aufgrund der tieferen Erledigungszahl und damit tieferer Gerichtsgebühren gesunken, der Aufwand konnte ebenfalls gesenkt werden. Die Erledigungszahl liegt aufgrund des Abbaus von juristischen Sekretären tiefer. Der Nettoaufwand pro Prozess ist angestiegen, da bei einer tieferen Erledigungszahl die Fixkosten stärker ins Gewicht fallen.

1.5 Landwirtschaftsgericht (9062)

Die Nettokosten des Landwirtschaftsgerichts betragen im Jahr 2005 5'858 Franken.

1.6 Verwaltungsgesicht (9063)

Die Rechnung des Verwaltungsgesichts weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung aus. Die Fallkosten sind tiefer ausgefallen als im Budget und den Vorjahren. Gegenüber dem Voranschlag konnten 23% mehr Erledigungen erreicht werden, was zu um 25% tieferen Kosten pro Fall führte. Im Übrigen hat eine Untersuchung der Universität Zürich zur Befindlichkeit der Mitarbeitenden sehr gute Resultate erbracht.

1.7 Sozialversicherungsgesicht (9064)

Die Rechnung des Sozialversicherungsgesichts weist gegenüber dem Voranschlag eine leichte Saldoverbesserung aus. Da die Anzahl Erledigungen tiefer als budgetiert war, lag auch der Nettoaufwand pro Fall höher. Die arbeitsintensiven IV-Fälle haben weiter zugenommen. Es wurde mehr Personal eingestellt und die individuellen Leistungsvorgaben wurden erhöht, um die Pendenzen angesichts der hohen Anzahl Eingänge nicht weiter anwachsen zu lassen.

Die Justizkommission beantragt dem Kantonsrat, die Rechnungen der kantonalen Gerichte und der ihnen unterstellten Behörden zu genehmigen.

Justizkommission

Die Präsidentin: Der Sekretär:

Gaby Petri

lic. iur. Emanuel Brügger

2. Kommission für Staat und Gemeinden

Die Kommission hat die ihr zugewiesenen Leistungsgruppen der Rechnung 2005 der Finanzdirektion und der Direktion der Justiz und des Innern im Plenum behandelt. Für einzelne Fragen standen die zuständigen Stellen der Verwaltung zur Verfügung.

Die Rechnung 2005 ist in beiden Direktionen insgesamt positiv ausgefallen. Der Voranschlag 2005 wurde in fast allen Ämtern nicht voll ausgeschöpft, was gleichfalls zur Bildung von Rücklagen in fast allen Ämtern führte.

2.1 *Direktion Justiz und Inneres*

Die wesentlichste und grösste Abweichung einer Leistungsgruppe dieser Direktion geht auf den notorisch schwierig zu budgetierenden Finanz- und Lastenausgleich zurück. Es waren deutlich weniger Steuerfussausgleichsbeiträge auszurichten als veranschlagt; gleichzeitig konnten mehr Rückerstattungen von Finanzausgleichsbeiträgen verbucht werden.

2.2 *Finanzdirektion*

Neben der Ausschüttung des Golderlöses der Schweizerischen Nationalbank im Umfang von 1,597 Mia. Franken werden die so genannten Finanzierungsleistungsgruppen der Finanzdirektion auch noch durch höhere Gewinnausschüttungen von ZKB und Axpo beeinflusst. Da ausserdem die BVK dank der Steigerung des Deckungsgrades in absehbarer Zeit verselbständigt werden kann, werden die Liegenschaftsportfolios der BVK und des Staates bereinigt, was sich in höheren Buchgewinnen aus Liegenschaftsverkäufen niederschlägt.

Die Angaben in den einzelnen Globalrechnungen sowie die ergänzenden mündlichen Auskünfte der beiden Direktionen befriedigten den Informationsbedarf der STGK. Sie beantragt deshalb, alle Rechnungspositionen zu genehmigen.

Kommission für Staat und Gemeinden
Der Präsident: Die Sekretärin:
Bruno Walliser Jacqueline Wegmann

3. Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit

Die KJS hat die ihr zugewiesenen Bereiche der Rechnung 2005 an ihren Sitzungen vom 25. April 2006 und 16. Mai 2006 behandelt. Sowohl die Direktion der Justiz und des Innern als auch die Direktion für Soziales und Sicherheit haben ihre Rechnungsabschlüsse der Kommission vorgestellt und erläutert.

3.1 Direktion der Justiz und des Innern

3.1.1 Einleitende Bemerkungen

Der Direktionsabschluss insgesamt weist in der Laufenden Rechnung gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung von 22 Mio. Franken auf, davon entfallen 20 Mio. Franken auf den Steuerfussausgleich. Der Sachaufwand liegt um 1,9 Mio. Franken tiefer, was auf einen Minderaufwand bei den Dolmetscherkosten und geringeren Massnahmekosten bei der Jugendstrafrechtspflege zurückzuführen ist. Bei Bussen und Gebühren ergaben sich Mehreinnahmen von rund 5 Mio. Franken, wovon 2 Mio. Franken auf die Strafverfolgung entfallen.

3.1.2 Zu den einzelnen Positionen

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.1.2.1 Strafverfolgung Erwachsene (2204)

Der gegenüber der Vorjahresrechnung um über 60 Mio. Franken gesunkene Ertrag ist darauf zurückzuführen, dass im Vorjahr ein aussergewöhnlich hoher Betrag deliktisches Geld eingezogen werden konnte. Bei den Dolmetscherkosten konnten Einsparungen von 1,4 Mio. Franken erzielt werden. Hauptgrund der Aufwandüberschreitung gegenüber dem Voranschlag sind die höheren Abschreibungen von Untersuchungskosten.

3.1.2.2 Jugendstrafrechtspflege (2205)

Der Aufwand ist 3% tiefer gegenüber dem Voranschlag, was mit einer zurückhaltenderen Einweisungspraxis in stationäre Einrichtungen zu erklären ist. Es wurden vermehrt speziell abgestimmte Betreuungen und Begleitungen in ambulanten und teilstationären Massnahmen angeordnet, was eine kostengünstigere Sicherstellung von pädagogischen und therapeutischen Massnahmen ermöglichte. Zudem ist das Bedürfnis nach Massnahmen jeweils schwierig abzuschätzen. Der Anteil der als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassenen hat gegenüber der Rechnung 2004 um 4% abgenommen.

3.1.2.3 Amt für Justizvollzug (2206)

Die Rechnung weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung auf, wobei sowohl Ertrag wie Aufwand höher waren. Die durch gemeinnützige Arbeit eingesparten Hafttage sind zurückgegangen, weil Asylsuchende mit Nichteintretensentscheiden nicht mehr zu gemeinnütziger Arbeit berechtigt sind. Die Zunahme der Anzahl Übergriffe auf das Personal ist durch die hohe Belegung aller Gefängnisse zu erklären.

Im Jahre 2005 wurden mehr Personen bedingt entlassen als in den Vorjahren, dadurch nahm die Anzahl der Rückversetzungen zu.

3.1.2.4 Steuerrekurskommissionen (2263)

Bei den Steuerrekurskommissionen sind 2005 weniger Eingänge registriert worden. Dies ist ein gewisser Gradmesser für die Kundenzufriedenheit beim Steueramt.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die KJS dem Kantonsrat, es sei die Rechnung 2005 der Direktion der Justiz und des Innern bezüglich der Konten 2204, 2205, 2206, 2221, 2232, 2262 und 2263 vollumfänglich zu genehmigen.

3.2 *Direktion für Soziales und Sicherheit*

3.2.1 *Einleitende Bemerkungen*

Der Direktionsabschluss weist gegenüber dem Voranschlag in der Laufenden Rechnung eine Saldoverbesserung um 10 Mio. Franken aus, welche vor allem auf die Rechnung der Kantonspolizei zurückzuführen ist. Aufgrund von Projektverschiebungen und -verzögerungen ist auch in der Investitionsrechnung eine Saldoverbesserung ersichtlich.

3.2.2 *Zu den einzelnen Positionen*

Zu den einzelnen Positionen – deren Abschlüsse zu Erläuterungen und Diskussionen Anlass gaben – wird wie folgt Bericht erstattet:

3.2.2.1 Generalsekretariat Zentrale Vollzugsaufgaben (3000)

Der Ertrag ist höher als im Voranschlag, was auf eine erhöhte Nachfrage nach Ausweisen (Pässe und Identitätskarten) sowie Beglaubigungen und auf die umsatzbedingte Zunahme an Bewilligungsgebühren von der Schweizerischen Zahlenlottogesellschaft zurückzuführen ist. Der Mehraufwand erklärt sich unter anderem damit, dass dem Bund wegen der Zunahme der verkauften Ausweise auch mehr Gebühren abgeliefert werden mussten. Im Endeffekt wurde eine Saldoverbesserung von 3 Mio. Franken erzielt.

3.2.2.2 Kantonspolizei (3100)

Die Kantonspolizei weist gegenüber dem Voranschlag eine Saldoverbesserung um 16,4 Mio. Franken aus. Der Ertrag ist hauptsächlich aufgrund der höheren Entgelte für zusätzliche Sicherheitsmassnahmen am Flughafen angestiegen. Ins Gewicht fällt insbesondere die Senkung des Aufwands um über 11 Mio. Franken, was auf tieferen Personal- und insbesondere tieferen Sachaufwand zurückzuführen ist. Dabei ist die Zufriedenheit der Bevölkerung ungebrochen hoch geblieben. Die Anzahl der Ordnungsbussen liegt leicht über derjenigen des Vorjahres, aber unter derjenigen des Jahres 2003.

3.2.2.3 Strassenverkehrsamt (3200)

Die Saldoverbesserung von 5,5 Mio. Franken erklärt sich durch einen um 5,7 Mio. Franken tieferen Aufwand: Da die Verkehrsabgaben abgenommen haben, erfolgten niedrigere Einlagen in den Verkehrsfond, beim Personalaufwand wurde durch Nichtbesetzen oder verzögerte Wiederbesetzung von Stellen gespart. Zudem wurden Einsparungen beim Sachaufwand und bei den Zinsen im Verwaltungsvermögen infolge niedrigerer Vorjahresinvestitionen erzielt.

Auf der Ertragsseite konnte der Minderertrag aus den Verkehrsabgaben teilweise mit Mehreinnahmen aus Inkassogebühren kompensiert werden.

3.2.2.4 Migrationsamt (3300)

Das Migrationsamt konnte seinen Aufwand senken, was hauptsächlich auf die Personalreduktion wegen des Rückgangs der Asylgesuche zurückzuführen ist, wobei das Personal um 63% reduziert wurde, die Geschäftslast aber lediglich um 37% zurückging. Im Übrigen konnten Vollzugskosten gesenkt werden.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt die KJS dem Kantonsrat, es sei die Rechnung 2005 der Direktion für Soziales und Sicherheit bezüglich der Konten 3000, 3100, 3200, 3300, 3400, 3600 und 3910 vollumfänglich zu genehmigen.

Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit
Der Präsidentin: Der Sekretär:
Regula Thalmann lic. iur. Emanuel Brügger

4. Kommission für Wirtschaft und Abgaben

Die Kommission hat die Beratungen der ihr zugewiesenen Positionen der Rechnung 2005 wie in den Vorjahren im Plenum vorgenommen und sich für einzelne Fragen an die zuständigen Verwaltungsstellen gewandt.

Insgesamt ist positiv zu vermerken, dass sich die Anstrengungen der vergangenen Jahre, den Aufwand zu senken oder zumindest konstant zu halten, auszuzahlen beginnen. Die Saldi der Ämter sind durchwegs besser ausgefallen als veranschlagt.

Zu einzelnen Globalrechnungen sind folgende zusätzliche Bemerkungen anzubringen:

4.1 Finanzdirektion

4.1.1 Steuern Betriebsteil (4400)

Das Steueramt war im Jahr 2005 vor allem mit seiner Reorganisation und dem damit zusammenhängenden Umzug an einen neuen Standort befasst. Ausserdem wurde weiterhin erheblich in die Informatik investiert, was den Aufwand für Abschreibungen und Zinsen erhöhte. Trotzdem gelang es insgesamt, den Saldo unter die veranschlagte Marke zu drücken. Wegen Verzögerungen bei der Umsetzung der – im Nachhinein hinsichtlich der zeitlichen Umsetzung als zu optimistisch ausgewiesenen – Sanierungsmassnahmen, insbesondere dem Personalabbau, konnte die erhoffte nachhaltige Senkung der Produktionskosten noch nicht erreicht werden.

4.2 Volkswirtschaftsdirektion

4.2.1 Generalsekretariat (5000)

Die markant tiefere Zahl der innerhalb von vier Monaten erledigten Rekurse ist zwar besser ausgefallen als im Vorjahr, aber viel schlechter als budgetiert. Dieser Zustand ist unbefriedigend. Es wird allerdings anerkannt, dass es bezüglich Rekursen zum Entsendegesetz im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit noch keine Praxis gibt und erst Grundlagenarbeit geleistet werden muss. Angesichts der Bedeutung, die die Umsetzung der bilateralen Verträge hat, sollte geprüft werden, ob die zusätzlichen Vollzugs- und Kontrollarbeiten mittels geeigneter Indikatoren im KEF und im Voranschlag respektive der Rechnung ausgewiesen werden können.

4.2.2 Landschaft und Natur (5100)

Das Amt für Landschaft und Natur musste im Jahr 2005 einen Abbau von 15,8 Stellen verkraften. Der Abbau erfolgte gestaffelt, weshalb die Lohnkosten teilweise noch angefallen sind.

Die WAK zeigt sich von den ergänzenden mündlichen und schriftlichen Informationen der beiden Direktionen befriedigt und beantragt Zustimmung zu allen Positionen.

Kommission für Wirtschaft und Abgaben
Der Präsident: Die Sekretärin:
Hansjörg Schmid Jacqueline Wegmann

5. Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

Die KSSG hat die Jahresrechnung 2005 der Gesundheitsdirektion sowie des kantonalen Sozialamtes und des Alkoholfonds an der Sitzung vom 2. Mai 2006 behandelt.

5.1 Allgemeines

5.1.1 Kantonales Sozialamt

Die Jahresrechnung 2005 des kantonalen Sozialamtes schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 895,8 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 5,3 Mio. Franken.

Die Laufende Rechnung schloss gegenüber dem Voranschlag und dem Nachtragskredit von 29 Mio. Franken um 7,4 Mio. Franken besser ab als vorgesehen. Der Nachtragskredit wurde wegen höheren gesetzlichen gebundenen Beiträgen an die Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe und für die Kostenübernahme in Einzelfällen erforderlich.

Die Verschlechterung des Saldos der Laufenden Rechnung 2005 gegenüber der Rechnung 2004 von 48 Mio. Franken ist beitragsbegründet, namentlich durch höhere Beiträge an die Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe, an die Sozialversicherungen des Bundes und an die Zusatzleistungen zur AHV/IV.

Die Nettoinvestitionen lagen 2005 5 Mio. Franken unter dem Planwert. Es wurden keine Investitionen im Bereich Asylsiedlungen getätigt und die Investitionsbeiträge im Bereich Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen fielen aufgrund verzögerter Baufortschritte tiefer aus als geplant.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung des kantonalen Sozialamtes zu.

5.1.2 Gesundheitsdirektion

Die Jahresrechnung 2005 der Gesundheitsdirektion schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'138 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 200,2 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2005 verbesserte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 99,4 Mio. Franken, während die Nettobelastung bei den Investitionen um 10,3 Mio. Franken tiefer ausfiel.

Im Vergleich zur Rechnung 2004 konnte der Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung um 31,6 Mio. Franken gesenkt werden.

Die KSSG stimmt der Jahresrechnung der Gesundheitsdirektion zu.

5.2 Rücklagen; Beurteilung der einzelnen Rücklagen gemäss § 9 Globalbudgetverordnung aus der Sicht der Kommission

In folgenden Leistungsgruppen und Amtsstellen wurden Rücklagen aufgelöst beziehungsweise gebildet:

Amt	aufgelöste Rücklagen 2005	neu gebildete Rücklagen 2005
3500 Kantonales Sozialamt	263'264	100'000
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	33'742	150'000
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	100'086	150'000
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	2'437'215	3'780'000
6400 Psychiatrische Versorgung	804'420	1'709'000

Der Rücklagenbestand aller Leistungsgruppen der Gesundheitsdirektion betrug Ende 2004 9,9 Mio. Franken. Im letzten Jahr wurden Rücklagen in der Höhe von rund 3,4 Mio. Franken aufgelöst, wobei 2,2 Mio. Franken zugunsten des Personals und 1,2 Mio. Franken für Sachaufwendungen verwendet wurden. Neu gebildet wurden Rücklagen in der Höhe von 5,8 Mio. Franken, so dass der Totalbestand per Ende 2005 12,3 Mio. Franken betrug. Dieser Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist zustande gekommen, weil 2005 nicht alle Rücklagen aufgelöst wurden und das USZ erstmals grössere Rücklagen in der Höhe von 1,5 Mio. Franken bilden konnte.

Amt	Rücklagen	Bemerkungen
3500 Kantonales Sozialamt	100'000	Zustimmung
6000 Steuerung Gesundheitsversorgung	150'000	Zustimmung
6100 Aufsicht und Bewilligungen im Gesundheitswesen	150'000	Zustimmung
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	3'780'000	Zustimmung
6400 Psychiatrische Versorgung	1'709'000	Zustimmung

5.3 Bemerkungen zu einzelnen Ämtern beziehungsweise Leistungsgruppen

5.3.1 Kantonales Sozialamt (3500)

Die KSSG nimmt das Ergebnis der Laufenden Rechnung 2005 des kantonalen Sozialamtes in zustimmendem Sinne zur Kenntnis.

Die Erträge lagen rund 11 Mio. unter den Erwartungen. Der Abweichung zugrunde liegen einerseits tiefere durchlaufende Beiträge im Asylbereich im Umfang von 28 Mio. Franken. Dem gegenüber standen andererseits höhere Rückerstattungen von Gemeinden für wirtschaftliche Hilfe von 15 Mio. Franken sowie ein Mehrertrag des Bundes für Zusatzleistungen zur AHV/IV von 1,5 Mio. Franken.

Der Aufwand lag rund 18 Mio. Franken unter dem budgetierten Aufwand von 1,14 Milliarden Franken. Dies ist das Ergebnis von Minderaufwendungen im Asylbereich von 33 Mio. Franken, bei den Behinderten- und Sozialhilfeeinrichtungen von 6 Mio. Franken sowie bei den Sozialversicherungen des Bundes von 3 Mio. Franken. Dem gegenüber standen höhere Beiträge für die öffentliche Sozialhilfe und für Zusatzleistungen zur AHV/IV in der Höhe von 23 Mio. Franken bzw. von 1 Mio. Franken.

5.3.2 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation (6300)

Die Saldoverbesserung gegenüber dem Voranschlag 2005 um knapp 70 Mio. Franken ist aufgrund eines Minderaufwands von 22,6 Mio. und von Mehrerträgen von 46,9 Mio. Franken zustande gekommen.

Aufwand:

- Dank Taxerhöhungen konnte eine Verbesserung von 43 Mio. Franken erzielt werden. Die höheren Taxeinnahmen führen in den staatsbeitragsberechtigten Spitälern zu einem geringeren Saldodefizit, so dass der Kanton weniger hohe Beiträge ausrichten muss.
- Ein zusätzlicher Minderaufwand in der Höhe von 6 Mio. Franken entstand durch grössere Zurückhaltung beim Personal, wo vakante Stellen nicht oder zeitlich verzögert neu besetzt wurden und durch Streichung bzw. Aufschub bestimmter Projekte.
- Ein Mehraufwand von 12 Mio. Franken ergab sich aufgrund der Unterstellung der Assistenzärzte unter die neue Regelung des Arbeitsgesetzes.
- Zusätzlich mussten 7 Mio. Franken für die Abgeltung des medizinischen Fortschritts und 5 Mio. Franken für den höheren Teuerungsausgleich verwendet werden.

Ertrag:

- Bei den ambulanten Erträgen resultierte eine Steigerung um 38 Mio. Franken, die sich aus dem Fortschreiben der Teuerungsrate 1999-2003 im Rahmen des TarMed für die Folgejahre ergeben hat.
- 9 Mio. Franken an zusätzlichen Erträgen sind aus der Beteiligung der Gemeinden an die Sockelbeiträge für Zusatzversicherte eingegangen.

Mit rund 155'000 stationären Austritten wurden im stationären Bereich ungefähr gleich viele Leistungen wie im Vorjahr erbracht. Aus der Steigerung der Erträge im ambulanten Bereich lässt sich ablesen, dass hier zusätzliche Leistungen erbracht worden sind.

5.3.3 Psychiatrische Versorgung (6400)

Die Saldoveränderung gegenüber dem Voranschlag beträgt 16 Mio. Franken, was einer Verbesserung um 6,4% entspricht. Erreicht werden konnte dieses Ergebnis dank einem Minderaufwand von 13,6 Mio. und Mehrerträgen von 2,4 Mio. Franken.

Aufwand:

- Die zeitliche Verschiebung der Schliessung der Klinik Hohenegg führte zu einer Verbesserung von 8 Mio. Franken geführt. Allerdings wird ein Teil der Schliessungskosten im laufenden Jahr anfallen.
- Eine Aufwandverminderung von 4 Mio. Franken ergab sich durch die zurückhaltende Praxis bei Wiederbesetzung von offenen Stellen.

Ertrag:

- Wie in der Leistungsgruppe 6300 haben die höheren Taxen zu einem Mehrertrag von 2 Mio. bei den staatlichen und zu einem Minderaufwand von 2 Mio. Franken bei den staatsbeitragsberechtigten Kliniken geführt.

5.3.4 Beiträge an Krankenkassenprämien (6700)

Die Saldoverbesserung von 10,1 Mio. Franken (3,6%) ist dank einem Minderaufwand von 19,6 Mio. und entsprechenden Mindererträgen von 9,5 Mio. Franken zustande gekommen. Verursacht wurde diese Entwicklung durch die weniger stark ansteigende Anzahl von Ergänzungsleistungs- bzw. Beihilfebeziehenden. Die neue Weisung der GD zur Koordination zwischen der individuellen Prämienverbilligung (IPV) und der Prämienverbilligung für EL-/BH-Bezüger wirkte sich dämpfend auf die Aufwandentwicklung aus. Die Gemeinden müssen nun im Detail prüfen, ob Personen, die neu Ergänzungsleistungen oder Beihilfe beziehen, nicht bereits IPV-Beiträge beziehen. Dank dieser Koordination konnten rund 12 Mio. Franken eingespart werden.

Ein tieferer Aufwand (8 Mio. Franken) ergab sich bei der individuellen Prämienverbilligung zudem, weil die erwartete Aufstockung von Bundesmitteln nicht erfolgt ist. Die KSSG nimmt zur Kenntnis, dass im vergangenen Jahr 83% der Bundesgelder ausgeschöpft wurden.

5.4 Schlussbemerkung

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit dankt allen Verantwortlichen für Ihre Bemühungen im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt. Der gute Rechnungsabschluss ist ein sichtbares Zeichen für die Anstrengungen, die von der KSSG ausdrücklich gewürdigt werden.

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit	
Der Präsident:	Der Sekretär:
Christoph Schürch	Roland Brunner

6. Kommission für Bildung und Kultur

Die KBIK hat die Jahresrechnung 2005 der Bildungsdirektion und der kantonalen Fachstelle für Kultur an ihren Sitzungen vom 2. und 9. Mai 2006 behandelt.

6.1 Allgemeines

6.1.1 Fachstelle Kultur

Die Jahresrechnung 2005 der Fachstelle Kultur schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 77,3 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 3 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2005 verschlechterte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 1,9 Mio. Franken. Verantwortlich für diese Entwicklung ist das Scheitern der Vereinbarung zum interkantonalen Kulturlastenausgleich der Kantone LU, SZ, ZG und ZH. Dem Kanton Zürich entgingen aufgrund des knappen Neins des Zuger Kantonsparlaments budgetierte Einnahmen in der Höhe von 3,5 Mio. Franken. Ohne diesen Entscheid hätte sich ein positiver Saldo ergeben.

Die KBIK stimmt der Jahresrechnung der Fachstelle Kultur zu.

6.1.2 Bildungsdirektion

Die Jahresrechnung 2005 der Bildungsdirektion schliesst in der Laufenden Rechnung mit einem Aufwandüberschuss von 1'927 Mio. Franken ab. In der Investitionsrechnung beträgt die Nettobelastung 144,2 Mio. Franken.

Im Vergleich zum Voranschlag 2005 verbesserte sich der Saldo der Laufenden Rechnung um 81,3 Mio. Franken, was in erster Linie Ausdruck des MH 06 ist. Die Bildungsdirektion hat der Kommission zudem aufgezeigt, dass in ihrem Bereich in den letzten Jahren nicht nur ein relativer, sondern ein realer Abbau stattgefunden hat. So wurde der Gesamtaufwand der Direktion aufgrund der politischen Vorgaben in den letzten Jahren um rund 250 Mio. Franken (ca. 13%) reduziert. Die Sparmassnahmen sind in allen Bereichen zum Tragen gekommen, was auch zu Personal- und Leistungsabbau geführt hat.

Bei den Investitionen fiel die Nettobelastung im Vergleich zum Voranschlag 2005 um 59,2 Mio. Franken tiefer aus. Die Budgetunterschreitung bei den Investitionen hängt mit Kapazitätsengpässen beim ausführenden Personal und mit Verzögerungen bei Projekten zusammen. Ebenfalls nicht steuerbar ist der Rechnungseingang für bereits ausgeführte Arbeiten und die Entwicklung der Bauteuerung. Die resultierende Differenz zwischen Budget und Rechnungsabschluss in der Höhe zwischen 20 und 30 Prozent hat aber auch Auswirkungen auf die Laufende Rechnung, indem dort die kalkulatorischen Kosten jeweils um rund 15 Mio. Franken unterschritten werden.

Die KBIK stimmt der Jahresrechnung der Bildungsdirektion zu.

6.2 Rücklagen; Beurteilung der einzelnen Rücklagen gemäss § 9 Globalbudgetverordnung aus der Sicht der Kommission.

Die Kommission hat die Rücklagenpraxis grundsätzlich diskutiert und sich dabei insbesondere mit der unterschiedlichen Praxis der verschiedenen Ämter befasst. Sie nimmt zur Kenntnis, dass die Bildungsdirektion in diesem Bereich zurückhaltend vorgeht.

Die KBIK ist sich in diesem Zusammenhang bewusst, dass der Kantonsrat die entsprechenden Bestimmungen selber geschaffen hat. Das Parlament hat es daher in der Hand, auf allfällige Mängel aus seiner Sicht mit einer entsprechenden Gesetzesrevision zu reagieren.

6.2.1 Fachstelle Kultur (2234)

Bildung von Rücklagen: 16'000.-

Die endogenen Einflüsse in der Jahresrechnung ergeben sich aus der nicht unmittelbaren Anstellung eines neuen Mitarbeitenden bei einem Stellenwechsel, aus Mehreinnahmen für die Führung des Sekretariats der Landi-Stiftung und dem haushälterischen Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln.

6.2.2 Bildungsverwaltung (7000)

Bildung von Rücklagen: 413'000.-

Durch verzögerte Stellenbesetzung konnten Einsparungen erzielt werden. Namhafte Einsparungen ergaben sich ausserdem durch eine effiziente Durchführung verschiedener Projekte. Es wird daher ein Antrag zur Rücklagenbildung in der Höhe von 413'000 Franken gestellt zugunsten von künftigen Projekten und Anschaffungen.

6.2.3 Lehrmittelverlag (7100)

Bildung von Rücklagen: 50'000.-

Die Saldoverbesserung um 1,1 Mio. Franken konnte dank der guten Marktakzeptanz der Produkte des Lehrmittelverlages auch ausserhalb des Kantons Zürich erzielt werden.

6.2.4 Mittelschulen (7301)

Bildung von Rücklagen: 2'300'000.-

Im Kalenderjahr 2005 wurden rund 3% der insgesamt für alle Schulen gemäss Kontrakt zur Verfügung gestellten 28'424 Jahreslektionen nicht ausgeschöpft, was zu einer endogenen Verbesserung der Erfolgsrechnung von über 6 Mio. Franken führte. Die Rücklagen sollen teilweise zur Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten für jüngere Lehrkräfte verwendet werden.

6.2.5 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (7303)

Bildung von Rücklagen: 1'000'000.-

Die restriktive Anstellungspraxis beim Verwaltungspersonal führte zu einer endogenen Saldoverbesserung in der Höhe von rund 2 Mio. Franken.

Die Kommission für Bildung und Kultur stimmt den beantragten Rücklagen zu.

6.3 Weitere Bemerkungen

6.3.1 Bildungsverwaltung (7000)

Die Personalkosten wurden teilweise zu hoch budgetiert. Gewisse Stellen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Volksschulgesetzes sind noch nicht besetzt worden. Im Bereich der Weiterbildungen wurden gewisse Umbuchungen vorgenommen, indem zum Beispiel die in Leistungsgruppe 7000 budgetierte Nachqualifikation der Handarbeitslehrkräfte in der Leistungsgruppe 7200 verbucht wurde.

6.3.2 Lehrmittelverlag (7100)

Sowohl im Ertrag als auch im Aufwand sind die Zahlen etwas tiefer als budgetiert, was auf die tieferen Umsätze zurückzuführen ist. Die Kommission nimmt mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Lehrmittelverlag seit Jahren einen Gewinn in die Staatskasse abwirft.

6.3.3 Volksschulamt (7200)

Die Budgetunterschreitung von 14 Mio. Franken resultiert in erster Linie aufgrund folgender Faktoren:

- Raschere Realisierung der Sparmassnahme 04.216 (Anhebung der Klassengrössen), wo nach dem zweiten Jahr bereits ein Umsetzungsgrad von 80% erreicht worden ist (geplant waren lediglich 66%).
- Generelle Reduktion der Schülerzahlen.
- Reduktion der Immigration, wo im Moment die tiefsten Werte seit 15 Jahren zu beobachten sind.

6.3.4 Mittelschulen (7301)

Die Budgetunterschreitung von 10 Mio. Franken geht hauptsächlich auf folgende drei Gründe zurück:

- San 04 greift nachhaltig
- Die Beiträge der Gemeinden an das Untergymnasium wurden verdoppelt (+16,5 Mio. Franken)
- Es wurden Rücklagen in der Höhe von 9,8 Mio. Franken aufgelöst. Dieser Effekt ist allerdings nur einmalig.

Mit diesen Massnahmen konnte der Aufwand pro Schüler/in auf 19'510 Franken (2004.: 21'269 Franken) gesenkt werden.

6.3.5 Schulen im Gesundheitswesen (7302)

Die Budgetüberschreitung von 7 Mio. Franken ergibt sich aus folgenden Gründen:

- Aufgrund des verschobenen Aufbaus der beiden Zentren in Zürich und Winterthur war der im Budget 04 enthaltene Betrag von 7,1 Mio. Franken nicht im Budget 05 enthalten.
- Die auslaufenden Programme werden erst ab 2006 reduziert (-3,4 Mio. Franken).
- Durch die vorzeitige Schliessung der Krankenpflegeschule am KSW konnten Personalkosten von 3,5 Mio. Franken eingespart werden.

6.3.6 Berufsschulen und Lehrabschlussprüfungen (7303)

Hauptgründe für die Saldoverschlechterung im Vergleich zur Vorjahresrechnung sind:

- Höhere Entschädigungen für die Prüfungsexperten (-3 Mio. Franken).
- Höhere Lohnkosten aufgrund der gestiegenen Schülerzahlen und höhere Ausgaben für Lehrmittel und Dienstleistungen (-5,3 Mio. Franken).

Dadurch hat sich der Aufwand pro Schüler/in von 8'922 Franken auf 9'116 Franken erhöht.

6.3.7 Universität Zürich (7401, 7402, 7403, 9600)

Der Gesamtaufwand der Universität betrug 2005 789 Mio. Franken, was zu einem Staatsbeitrag von 435,6 Mio. Fr. geführt hat. Gegenüber der Rechnung 2004 ist der Staatsbeitrag damit um rund 8 Mio. Franken angestiegen. Auch die Einnahmen vom Bund und anderen Kantonen haben sich gegenüber der letztjährigen Rechnung von 220,7 Mio. auf 224,4 Mio. Franken erhöht. Der Vergleich mit der Vorjahresrechnung zeigt Reduktionen aufgrund verzögerter Besetzungen bei den Professuren (+5,9 Mio. Franken) und weniger Kleininvestitionen, vor allem im Bereich EDV (+4,2 Mio. Franken). Einen Wechsel gab es bei der Berechnung der Betriebsbeiträge an die angegliederten Spitäler, wo die Lohnkosten zu den Betriebskosten und dem Overhead verschoben wurden (-9,1 Mio. Franken). Auch bei den Raummieten ergab sich eine Zunahme um 6,7 Mio. Franken, während auf der anderen Seite die verminderte Bautätigkeit zu etwas tieferen Zinsen und Abschreibungen führte (+3,6 Mio. Franken).

Im Vergleich zum Budget 2005 ist die Zahl der Lehrangebote und der Dozierenden gestiegen. Um das vorliegende Ergebnis zu erreichen, mussten Rücklagen in der Höhe von 18,1 Mio. Franken aufgelöst werden. Die freien Rücklagen sind damit bis auf einen Restbestand von 3 Mio. Franken vollständig aufgelöst worden.

Die Indikatoren scheinen der KBIK allesamt sinnvoll und kaum verhandelbar, da es sich um feste Grössen handelt. Die Kommission ist aber der Meinung, dass der Indikator 12 «Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss» verfeinert werden könnte, indem man ihn jährlich erhebt. Ein Fehler eingeschlichen hat sich beim Indikator 11, wo für den Voranschlag 2005 irrtümlicherweise der Wert 4000 eingesetzt wurde.

6.3.8 Zürcher Fachhochschule (7406, 7407, 9700)

Der Gesamtaufwand der Zürcher Fachhochschule betrug 2005 349 Mio. Franken, was zu einem Staatsbeitrag von 207,7 Mio. Franken geführt hat. Gegenüber der Rechnung 2004 ist der Staatsbeitrag damit um knapp 14 Mio. Franken angestiegen. Die Zunahme ist auf die steigenden Studierendenzahlen zurückzuführen. Trotz dieses Anstiegs konnten die Kosten pro Studierende/n tendenziell gesenkt werden, was in den grossen Schulen leichter umsetzbar war als in den kleinen Einheiten.

Zu den Indikatoren wird keine Stellung genommen, da sie mit der neuen Struktur der drei Teilschulen gemäss der Revisionsvorlage (4306) zum Fachhochschulgesetz ohnehin geändert werden.

6.3.9 Jugend und Familienhilfe (7501)

Die Saldoverbesserung gegenüber der Vorjahresrechnung beträgt in dieser Leistungsgruppe 24,7 Mio. Franken. Die Hauptgründe dafür sind:

- Deutlich reduzierter Aufwand (22 statt 41 Mio. Franken) bei den Staatsbeiträgen an stationäre Einrichtungen (San04.246).

- Minderaufwand von 6,3 Mio. Franken bei der Stipendienstelle, da die teuerungsbedingten Stipendienbeiträge bzw. Ansätze sich erst ab Schuljahr 2005/06 in der Rechnung niederschlagen. Die Bildungsdirektion hat der KBIK in diesem Zusammenhang dargelegt, dass zwischen der Entwicklung der Stipendiengewährungen und den Sparmassnahmen kein direkter Zusammenhang besteht.
- Diverse weitere Budgetunterschreitungen bei den Staatsbeiträgen, bei den Bezirksjugendsekretariaten sowie der Gehörlosenschule.

6.3.10 Berufs- und Studienberatung (7502)

Der Saldo konnte gegenüber der Vorjahresrechnung um 3,9 Mio. Franken verbessert werden. Dafür verantwortlich sind:

- Mehrerträge bei der Berufs- und Studienberatung (+1,6 Mio. Franken); hauptsächlich aufgrund einer Rückstellungsauflösung.
- Minderaufwand bei der Berufs- und Studienberatung (+0,8 Mio. Franken) aufgrund geringerer Personal- und Sachkosten sowie Beitragsleistungen.
- Mehraufwand bei den Bezirksjugendsekretariaten (-1.5 Mio. Franken) durch die Integration der Berufsberatung der Stadt Winterthur per 1.7.2005.

6.4 Schlussbemerkung

Die Kommission für Bildung und Kultur dankt allen Verantwortlichen für Ihre Bemühungen im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt. Der gute Rechnungsabschluss ist ein sichtbares Zeichen für die Anstrengungen, die von der KBIK ausdrücklich gewürdigt werden.

Kommission für Bildung und Kultur
 Die Präsidentin: Der Sekretär:
 Brigitta Johner-Gähwiler Roland Brunner

7. Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt

7.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Rechnungspositionen der Bau- und der Volkswirtschafts-
direktion wurden durch Subkommissionen geprüft.

Im Einzelnen schlossen die Laufenden Rechnungen der Amtsstellen in der Baudirektion um
rund 28,3 Mio. Franken besser ab als budgetiert (Fernwärme 2'742'000 Franken; AWEL
20'269'000 Franken; Sondermülldeponie Kölliken 5'286'000 Franken); für die Investitions-
rechnungen ergibt sich ein Minus von rund 21,1 Mio. Franken (Fernwärme 6'789'000 Fran-
ken; Tiefbauamt -23'840'000 Franken; AWEL -4'110'000 Franken).

Die Volkswirtschaftsdirektion verzeichnete einen Ausgabenüberschuss von 376,8 Mio. Fran-
ken, davon betreffen 288 Mio. Franken den Bereich Verkehr. Der öffentliche Verkehr bean-
sprucht rund drei Viertel des Saldos der Direktion, vor einem Jahr waren es noch zwei Drittel.
Total verzeichnet die Volkswirtschaftsdirektion gegenüber dem Voranschlag eine Verschlech-
terung von 32 Mio. Franken. Massgeblich daran beteiligt ist das Amt für Verkehr (vgl. Positi-
on 5200).

Die KEVU erhielt detaillierte Auskunft über die Bildung und Auflösung von Rücklagen.

7.2 Einzelne Positionen

Vorbemerkung: Referenzpunkt für vergleichende Angaben ist stets der VA 05.

7.2.1 Baudirektion

7.2.1.1 Fernwärme (8200)

Laufende Rechnung: Die geplanten Abschreibungen auf Tiefbauten wurden bereits 2004 getä-
tigt; daraus ergibt sich eine positive Abweichung von rund 2'800'000 Franken.

Investitionsrechnung: Die Stadt Zürich verzichtete auf das geplante Aktivdarlehen von
6'450'000 Franken für die Erschliessung des Oberhauserriets.

7.2.1.2 Tiefbauamt (8400)

Laufende Rechnung: Durch Vakanzen und Rotationsgewinne ergibt sich eine Verbesserung
von 3'972'659 Franken. Es wurden 3'565'123 Franken weniger Betriebsbeiträge an die Städte
Winterthur und Zürich ausgerichtet, da sich der Aufwand in den Kommunen verringert hat.
Dafür erhöhte sich der Betrag für den Unterhalt der Staatsstrassen um 5'137'328 Franken;
beim Staatsstrassenunterhalt zeichnet sich nach Jahren der Zurückhaltung ein Nachholbedarf
ab. Der Unterhalt der Nationalstrassen ging zurück (20'808'848 Franken), ebenso die ordentli-
chen Abschreibungen und Zinsen (3'904'982 Franken); Letzteres infolge geringerer Investiti-
onen im Vorjahr. Die Sonderabschreibung von 20 Mio. Franken für die Glattalbahn ist durch
den Sonderübertrag in gleicher Höhe saldoneutral. Der Bund richtete um 16'722'637 Franken
geringere Betriebsbeiträge aus. Für den Bau von Radwegen wurden statt der budgetierten 13
Mio. Franken – was die Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben erlaubt hätte – nur 8,1 Mio.
Franken ausgegeben. Die Begründung, dass bei der nun anstehenden Verwirklichung der
komplexeren Teile des Radwegnetzes vermehrt Rekurse zu bewältigen seien, wurde je nach
politischer Ausrichtung unterschiedlich gewürdigt.

Die Erträge fielen namentlich durch Eigenleistungen für Investitionen und die Verkäufe von
Salz höher aus (+11'540'375 Franken). Es kam zu einem geringeren Übertrag aus dem Stras-

senfonds (21'966'908 Franken).

Investitionsrechnung: Der Nationalstrassenbau wurde vorangetrieben, um Westumfahrung und Üetlibergtunnel möglichst gleichzeitig eröffnen zu können (-44'219'787 Franken). Die Beiträge an den Bau von Nationalstrassen fielen darum um 26'294'828 Franken höher aus. Es kam zu diversen Projektverzögerungen (Werkhof Pfäffikon: +5'398'610 Franken; Staatsstrassen, Radwege, Lärmschutz: +15'525'371 Franken). Die Investitionseinnahmen fielen um 543'708 Franken geringer aus; und die neue Buchungspraxis für die Glattalbahn macht 20 Mio. Franken aus (saldoneutral, vgl. Laufende Rechnung).

Vgl. auch 7.2.1.5 Strassenfonds (8920)

7.2.1.3 AWEL (8500)

Laufende Rechnung: Aus Brenn- und Treibstoffverkäufen wurden durch die Liquidation der Pflichtlager und die hohen Preise 6'281'729 Franken mehr gelöst als veranschlagt. Die Bundesbeiträge für die Sanierung der Säureharzdeponie Tössegg (Gemeinde Wildberg) trafen früher ein als erwartet (+4'247'407 Franken), daneben erhöhten sich Entgelte wie Konzessions- und Vermögenserträge und Gebühren (+3'151'269 Franken) sowie die Erträge aus den Wasserzinsen (+6'400'000 Franken). Letztere stiegen, da aufgrund eines BG-Entscheids der Wasserzins für Grenzkraftwerke von 54 auf 70 Franken erhöht wurde; es kam zu Nachzahlungen.

Es wurden für 2'279'261 Franken mehr Investitionsbeiträge für Abwasseranlagen an die Gemeinden ausgerichtet. Es handelt sich dabei um zugesicherte, noch nicht ausbezahlte Beiträge. Seit dem 1. Januar 2005 werden aufgrund von San04 und der daraus resultierenden Gesetzesänderung keine Kostenanteile mehr übernommen. Der Stand der offenen Verpflichtungen per 1.1.2006 betrug 32,9 Mio. Franken.

7.2.1.4 Sondermülldeponie Kölliken (8510)

Laufende Rechnung: Da das Projekt weniger weit als erwartet fortgeschritten ist, ergibt sich in der Laufenden Rechnung ein Plus von 5'268'742 Franken.

7.2.1.5 Strassenfonds (8920)

Durch die neue Buchungspraxis gibt es keine Sonderabschreibung für die Glattalbahn und also auch keinen Sonderübertrag ans Tiefbauamt (vgl. 8400 Tiefbau). Der Übertrag ans Tiefbauamt fällt um 21'966'908 Franken geringer aus. Die Einlage ins Fondskapital fiel 33'138'878 Franken höher aus als geplant; der Fondsbestand betrug per Ende 2005 rund +69,4 Mio. Franken. Die Reservebildung dient der Abdeckung künftiger Kostenspitzen (N4 und Westumfahrung). Es ergaben sich Buchgewinne aus dem Liegenschaftenverkehr (+4'410'203 Franken), auch die Eidgenössischen Verkehrsabgaben fielen höher aus (Treibstoffzollertrag: 5'029'267 Franken/ LSWA: 4'965'902 Franken). Der Übertrag der kantonalen Verkehrsabgaben hingegen war um 1'317'056 Franken geringer als veranschlagt.

Vgl. auch 7.2.1.2 Tiefbauamt (8400)

7.2.1.6 Fonds für Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen (8950)

In der Laufenden Rechnung ergaben sich vor allem durch die Reduktion von vier auf eine Sammelstelle geringere Kosten (+573'423 Franken), dazu kommen geringere Betriebsbeiträge (+460'354 Franken). Es wurden 1'179'538 Franken weniger als geplant aus dem Bestandeskonto entnommen. Der Fondsbestand belief sich per Ende 2005 auf rund -2,4 Mio. Franken, da die drei geschlossenen Sammelstellen auf einmal abgeschrieben werden mussten. Bis 2010 soll der Ausgleich des Fonds erfolgt sein.

7.2.1.7 Deponiefonds (8960)

Es wurden 984'450 Franken mehr ins Bestandeskonto eingelegt als budgetiert. Die Betriebsbeiträge der Deponiebetreiber fielen um 1'007'619 Franken höher aus.

7.2.2 Volkswirtschaftsdirektion

7.2.2.1 Amt für Verkehr (5200)

Die Verschlechterung von 45,6 Mio. Franken ergibt sich daraus, dass die Beteiligung an der SWISS nach deren Übernahme durch die Lufthansa auf Null abgeschrieben werden musste. Mit dem Verkauf der SWISS-Aktien hängt auch der rein buchhalterisch zu wertende Einnahmeüberschuss von gegen 48 Mio. Franken in der Investitionsrechnung zusammen: Die Aktien mussten für den Verkauf vom Verwaltungs- ins Finanzvermögen umgebucht werden. Ohne die genannte Abschreibung fallen Brutto- und Nettoaufwand des Amtes tiefer aus als budgetiert, nämlich um 3,906 Mio. resp. 6,526 Mio. Franken. Der Ertrag hingegen fällt um 2,62 Mio. Franken höher aus als geplant. Der tiefere Aufwand resultiert aus einem geringeren Personalaufwand (unbesetzte Stellen durch Unsicherheit im Bereich Gesamtverkehr (TBA) und San04) sowie geringerem Sachaufwand (günstigere Dienstleistungen, durch personelle Engpässe bedingtes Aufschieben von Aufgaben im Bereich Agglomerationsverkehr). Die zwei dominanten Aufwandanteile sind der Flugverkehr mit 1,087 Mio. Franken (vor allem Beteiligungscontrolling) und der Gesamtverkehr mit 666'000 Franken (Strategie und Verkehrsmodellierung). Fehlende Indikatoren sind durch personelle Engpässe und die daraus resultierende Prioritätensetzung zugunsten des Themas «Flughafen» – vor allem SIL und Lärmentschädigungen – bedingt.

7.2.2.2 Finanzierung öffentlicher Verkehr (5210)

Der Saldo der Rechnung entspricht dem des Voranschlags. Er setzt sich aus 87 Mio. Franken für den ÖV-Fonds, 160 Mio. Franken Beiträge an den ZVV und Rückerstattungen aus dem Vorjahr von 10 Mio. Franken zusammen (vgl. 7.2.2.3 und 7.2.2.5).

7.2.2.3 Fonds für die Förderung des öffentlichen Verkehrs (5920)

Aufgrund des steigenden Fondsbestands nehmen die Zinserträge bis 2008 noch kontinuierlich zu, andererseits finden die Senkung des Zinssatzes und die Auswirkungen der Sparpakete ihren Niederschlag im Fondsbestand. Es wurden 64 Mio. Franken ins Bestandeskonto investiert. Statt der budgetierten 118 Mio. Franken wurden 2005 nur 66 Mio. Franken entnommen: Für die Passage Sihlquai im Projekt Durchgangsbahnhof verfügten die SBB über genügend eigene Mittel, und beim Projekt Glattalbahn konnten einerseits die Arbeiten günstiger vergeben werden, andererseits wurde der Landhandel mit der Stadt Zürich nicht wie geplant 2005 abgewickelt. Für die zweite Etappe wurden noch kaum Mittel benötigt. Die restliche Differenz ist auf Verschiebungen im Mittelabruf verschiedener Projekte zurückzuführen. Mehr als budgetiert wurde infolge zügigen Voranschreitens des Projektes für die dritte Teilergänzung der S-Bahn ausgegeben.

7.2.2.4 Fonds für den Flughafen (5921)

Die Bewegungen des Fonds sind für die Staatsrechnung saldoneutral. Die Höherbewertung der Aktien der Flughafen Zürich AG im Finanzvermögen ergab einen Buchgewinn von 52,4 Mio. Franken. Der Aktienkurs befand sich am 31.12.2005 auf 235,9 Franken (31.12.2004:

147 Franken). Der Aufwand erhöhte sich durch die Erhöhung des Bestandeskonto um 54 Mio. Franken sowie durch die aufwändigen Arbeiten an Relief, SIL und Betriebsreglement (ca. ein Personenjahr) und die Übernahme der SWISS. Eine detaillierte Aufwandauflistung wurde der Subkommission abgegeben.

7.2.2.5 ZVV (9300)

Relevant für die Staatsrechnung ist der Beitrag des Kantons (vgl. 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr; 7.2.2.2). Die Rechnung 2005 schliesst insgesamt mit 41,1 Mio. Franken besser ab als budgetiert, das bei gleichzeitiger Steigerung der Zugs- und Buskilometerleistungen. Neben dem Beitrag der Tarifierhöhung werden insbesondere folgende Punkte als ausschlaggebend für das gute Resultat gesehen: Aufwandseitig kamen 7 Mio. Franken aus den Rückerstattungen zur 3. Teilergänzung S-Bahn und Glattalbahn, dazu gesellen sich als Faktoren die geringeren Kapitalkosten der VBZ, aber auch die Verzögerung von Projekten. Die geringeren Abgeltungen an die SBB leiten sich aus den höheren Einnahmenanteilen ab. Für Nachforderungen aus der MwSt-Revision mussten hingegen zusätzlich 2,8 Mio. Franken aufgewendet werden. Die hohen Beträge sollen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Budgetabweichung lediglich im Bereich von 2% liegt. Für die über 17 Mio. Franken höheren Verkehrserträge gibt es folgende Erklärung: Die Tarifierhöhung von 5,8 % verursachte praktisch keinen Passagierschwund und die Frequenzen entwickelten sich positiv. Weil die Verkehrserträge 2004 sich über den Erwartungen zeigten, resultierte hier zusätzlich ein Niveaueffekt.

Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt
Die Präsidentin: Die Sekretärin:
Sabine Ziegler Dr. Franziska Gasser

8. Kommission für Planung und Bau

8.1 Allgemeines

Die der Kommission zugewiesenen Ämter der Baudirektion wurden von Subkommissionen besucht. Die Saldi der Rechnungen 2004 und 2005 sowie der Voranschlag 2005 wurden verglichen und kommentiert.

Die Laufenden Rechnungen der zugewiesenen Amtsstellen schlossen um rund 15,9 Mio. Franken besser ab als budgetiert (Generalsekretariat +4'373'000 Franken; Hochbauamt +11'059'000 Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +451'000 Franken). Für die Investitionsrechnung ergibt sich eine Abweichung von rund +27,3 Mio. Franken (Generalsekretariat +1'044'000 Franken; Hochbauamt +19'072'000 Franken; Amt für Raumordnung und Vermessung +588'000 Franken; Denkmalpflegefonds +2'581'000 Franken, Natur- und Heimatschutzfonds +3'965'000 Franken).

Die KPB empfiehlt, die Rücklagen in der beantragten Höhe zu bewilligen.

Übergreifend sind folgende Feststellungen zu machen:

1. Die Indikatoren für Leistung und Effektivität werden für die Arbeit des Kantonsrats als ungenügend erachtet. So werden neu beispielsweise zwar Leistungsindikatoren eingeführt, aber nicht mehr alle Jahre erhoben. Die Begründungen für ungenügende Indikatoren ändern (Spargründe früher, jetzt etwa auch noch das Warten auf das «Immobilienamt») – das Unbehagen wächst.
2. Die Subkommissionen befassten sich mit den verschiedenen Aspekten der Personalpolitik. Bei den Überstunden konnten ausser für gewisse hohe Kader keine gravierenden Überlastungen ausgemacht werden. Es ist aber so, dass die starke Arbeitsbelastung im regulären Betrieb das Wahrnehmen der Weiterbildung erschwert, so etwa im ARV.

8.2 Für die einzelnen Positionen ergaben sich zusätzlich folgende Punkte:

8.2.1 Baudirektion

Vorbemerkung: Referenzpunkt für vergleichende Angaben ist stets der VA 05.

8.2.1.1 Generalsekretariat (8000)

Laufende Rechnung: Die Personalkosten fielen durch Vakanzen und Rotationsgewinne um 494'164 Franken geringer als budgetiert aus. Durch Verzögerung der Projekte nPBG (neues Planungs- und Baugesetz) und MAB/ZLB (Mitarbeiterbeurteilung mit Ziel- und Leistungsvereinbarungen) wurden für 839'268 Franken weniger Dienstleistungen Dritter beansprucht. Die Verschiebung von Informatik-Projekten führte zu einer Differenz von +1'187'856 Franken, und die tieferen Informatik-Investitionen im Vorjahr schlugen sich in 485'985 Franken geringeren Abschreibungen nieder. Durch die fortgeschrittene Entschuldung des NHS-Fonds wurden 1'042'235 Franken weniger in den Fonds eingelegt. Es wurden für 662'000 Franken Rückstellungen gebildet und für 200'000 Franken Rücklagen beantragt. Dank geringeren Leerständen in den Fluglärmliegenschaften erhöhten sich die Vermögenserträge um 1'967'847 Franken. Als Pendant zu den geringeren Kosten im Bereich Informatik konnten 2'437'855 Franken weniger Informatikleistungen verrechnet werden. Es wurden für 999'264 Franken Rückstellungen und Rücklagen aufgelöst.

Die Investitionen in der Informatik fielen durch die genannte Verzögerung von Projekten um 1'043'797 Franken geringer aus als budgetiert.

8.2.1.2 Hochbau (8100)

Laufende Rechnung: Das Personalbudget wurde mit sechs Vakanzen mit Blick auf Reorganisationen und Projektverzögerungen vorerst nicht ausgeschöpft; bei der Gebäudereinigung konnten die Ziele von San04 durch natürliche Abgänge schneller und zugleich sozialverträglich umgesetzt werden (+1'605'396 Franken). Es wurden mehr Mobilien angeschafft, weil neben dem Wirken anderer Faktoren etwa der Umzug der Steuerverwaltung nach Altstetten nicht budgetiert war (-4'398'610 Franken). Der Unterhalt der Verwaltungsgebäude fiel um 498'716 Franken geringer aus, und vor allem durch den Verzicht auf das Projekt Z-Lab auf dem Kasernenareal wurden weniger Dienstleistungen Dritter beansprucht (+3'089'744 Franken). Durch die Verzögerung des Projekts wurden für das PJZ für 1'037'861 Franken weniger Planungen Dritter nötig; dafür wurden in der Folge Rückstellungen von 1 Mio. Franken vorgenommen. Durch die geringeren Investitionen im Vorjahr fielen Zinsen und Abschreibungen um 1'229'900 Franken geringer aus. Es gab ein um 6'785'324 Franken höheres Entgelt für Mobilienverkauf und -handling, auch die Rückerstattungen des Bundes fielen um 697'126 Franken höher aus als budgetiert. Es wurden für 1'451'785 Franken Rückstellungen und Rücklagen aufgelöst.

Investitionsrechnung: Die Projekte Bezirksgebäude Dietikon und Bezirksgebäude Meilen erlitten durch Rekurse Verzögerung (+5'278'8400 und +2'000'000 Franken). Der Verzicht auf die Neunutzung der Zeughäuser und die Verzögerung des Projekts «Kaserne Zürich» führten zu Differenzen von +5'000'000, respektive +3'300'000 Franken.

Die Zahlen der Rechnung des HBA sind auch diesmal eher lose mit den budgetierten Beträgen verbunden; die Abweichungen könnten ein andermal auch negativ ausfallen. Die Abwicklung der Projekte ist nämlich in vielen Punkten fremdbestimmt, etwa durch Beschlüsse der Besteller oder des Kantonsrats. 2005 wurde zudem an 688 Projekten gleichzeitig gearbeitet.

8.2.1.3 Raumordnung und Vermessung (8300)

Laufende Rechnung: Durch die Verzögerung von SIL/Richtplan wurden für 594'253 Franken weniger Dienstleistungen Dritter beansprucht. Der übrige externe Sachaufwand konnte um 306'865 Franken reduziert werden; es handelt sich um reduzierten Aufwand für die Infrastruktur GIS/GeKaGE wegen Datenschutz-Problemen. Für SIL/Richtplan wurden in der Folge 380'000 Franken zurückgestellt. Die Kostenanteile für Betriebsbeiträge reduzierten sich um 112'113 Franken; die Vergütungen GIS schliessen mit einem Plus von 136'277 Franken. Es gab 317'854 Franken weniger Entgelte und für Rücklagen wurden Fr. 130'000 eingestellt. Das Ziel der Kostendeckung wurde bei den kostendeckend zu erbringenden Leistungen erfüllt. Bei der Datenlogistik wurde gar eine Überdeckung von 8% erreicht; diese wird den Auftraggebern gutgeschrieben werden.

Investitionsrechnung: Durch die Projektverschiebung GeKaGe reduzierten sich die Informatik-Investitionen um 488'803 Franken.

8.2.1.4 Natur- und Heimatschutz (8910)

Laufende Rechnung: Durch geringere Investitionen in den Vorjahren ergibt sich für Abschreibungen und Zinsen eine Differenz von +825'488 Franken. Es wurden für 357'637 Franken weniger Betriebsbeiträge ausgerichtet, eine Verbesserung von 600'000 Franken ergab sich durch geringere Landkäufe. Der Übertrag ans ALN fiel um 1'176'412 Franken geringer aus, geringer waren auch die Druckkosten (140'000 Franken). Es wurden 280'000 Franken Rücklagen eingestellt. Die Vermögenserträge und Rückerstattungen fielen höher aus als budgetiert (258'415 und 307'038 Franken). 400'000 Franken wurden für Rückstellungen entnommen. 2'116'117 Franken mehr als budgetiert wurden ins Bestandeskonto eingelegt; der Fondsbestand belief sich per Ende 2005 auf +3,2 Mio. Franken. Dank der fortgeschrittenen Entschul-

dung des Fonds fiel der Übertrag aus dem Generalsekretariat um 1'042'235 Franken geringer aus.

Da weniger Beiträge geleistet worden sind, schliesst die Investitionsrechnung mit einer Differenz von +3'964'754 Franken.

Die KPB erhielt die Zusicherung, dass der im Finanzkontrollbericht 2004, S.8, monierte über das Fünffache des Realen hinausgehende Indikatorwert von «500 Beitragszusicherungen» nach unten korrigiert wird.

8.2.1.5 Aufgaben der Denkmalpflege (8940)

Laufende Rechnung: Es wurden für 1'033'108 Franken weniger Beiträge an Private ausgerichtet, ein entsprechender Betrag konnte ins Fondskapital eingelegt werden (1'032'104 Franken). Der Fondsbestand betrug per Ende 2005 +53,9 Mio. Franken. Es wird künftig ein Vergleich von Fondsvermögen und Verpflichtungen erstellt werden. Heute wird davon ausgegangen, dass das Vermögen genügt.

Durch die geringen Beiträge an Private schliesst die Investitionsrechnung mit einer Differenz von +2'580'780 Franken.

Kommission für Planung und Bau

Der Präsident: Die Sekretärin:

Hans Frei

Dr. Franziska Gasser